

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Dr. Dietrich Sperling MdB, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, fordert die Politiker auf, Jugendprobleme auch mit den Augen der Jugend zu sehen. Seite 1/2

Dr. Brunhilde Peter MdL (Saar), Mitglied des AsF-Bundesvorstandes, würdigt das Verständnis der deutschen Bischöfe für die Situation der Frau in der Gesellschaft. Seite 3-5

Norbert Gansel MdB über die Entwicklungsmöglichkeiten des deutsch-amerikanischen Kulturaustausches. Seite 6/7

Herbert Wehner MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, erinnert die Union an ihre verfassungsgemäßen Pflichten im Bundesrat. Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 205

27. Oktober 1981

Jugenddialog nicht ohne Verständigung

Politiker müssen sich als Mitlernende begreifen

Von Dr. Dietrich Sperling MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für  
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Manche Analyse, die in der letzten Zeit zu gesellschaftlichen Problemen angestellt worden ist, sucht nicht Ursachen, sondern nur vordergründige Beschwichtigungen.

Konkreter gesprochen: Protesthaltungen der Jugend und verbündeter Erwachsener wären falsch beurteilt, bezöge man sie nur auf gewaltsame Äußerungen, wie eingeschlagene Fensterscheiben, und hielte sie für die Angelegenheit weniger Radikaler. Die These von ferngesteuerten Radikalen, der im auswärtigen Interesse handelt, ist schlicht blödsinnig.

Die These vom irreführten jugendlichen Idealismus trifft nur einen Teil der Wahrheit und ist zum Erklären deshalb unzureichend. Läßt man sich auf diese Generationsschablone ein, nimmt man einen globalen Vorwurf an, "die" ältere Generation, die die Irreführung herbeiführt, mindestens aber nicht verhindert, in Kauf, der so allgemein nichts hergibt.

Die Abwehrhaltung gegen die Art und Weise wie wir leben und unsere Probleme lösen, ist viel breiter als die Schlagwortdiskussion vorspiegeln - sie reicht vom politischen Engagement bis zum resignierten Rückzug ins Private oder zu irgendeiner Sekte oder zu einem von der Gesellschaft tolerierten oder auch nicht tolerierten Rauschmittel. Sie ist nicht eine Sache von Rädelsführern oder irreführten Intellektuellen und kann nicht vordergründig erklärt und mit politischen Mitteln bekämpft werden.

Hausbesetzungen zum Beispiel aus dem Blickwinkel des Strafbuchgesetzes allein zu betrachten, ist deshalb falsch und gefährlich. Auslöser für das Ärgernis Hausbesetzung ist ein zweifellos vorhandenes anderes gesellschaftliches Ärgernis, nämlich das des spekulativen Umganges mit dringend benötigtem Wohnraum.

Vertriebsstellen  
mit demselben Kabinett  
Regio-Post



Hintergrund sind aber eigentlich wirtschaftliche und soziale Wandlungsprozesse, die alle Industriegesellschaften verändern und bewegen.

Nun heißt diese Erklärung nicht, daß wir beruhigt sein können, weil die Wandlungsprozesse ohnehin unaufhaltsam ablaufen und es ausreicht, Podiumsdiskussionen zu veranstalten und mit ausgewogenen Formulierungen auf die Unausgewogenheit des Protestes hinzuweisen.

Unser politisches System ist gefordert, weil es alte Problemlagen: Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Umweltgefährdung und Energieknappheit in neuen Dimensionen zu bewältigen hat und es eine gesellschaftliche Integrationsleistung bringen muß, die immer schwieriger wird.

Der gemeinsame Erfahrungshintergrund und der Bereich des gemeinsamen Erlebens wird nicht nur zwischen den Generationen, sondern auch zwischen den vielen Gruppen einer jeden Generation geringer. Die, die aus der Sicht der sogenannten schweigenden Mehrheit als Randgruppen und Minderheiten bezeichnet werden, werden immer mehr und in irgendeiner seiner vielen sozialen Rollen, wird fast jeder ein Randgruppenangehöriger.

Die jeweils empfundenen und wahrgenommenen Interessen entfernen sich - so scheint es - voneinander, und es scheint, daß darunter auch Toleranz und Verständnis und die Einigungsfähigkeit leiden.

Unsere Leitbilder sind von der Ethik der Arbeit geprägt, aber wir können für einen zunehmenden Teil der Nachwachsenden kein quantitativ und qualitativ ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen mehr bereitstellen.

Die Arbeit war früher in sehr viel stärkerem Maße als heute und künftig von hierarchisch gegliederten und nur auf die Produktion von Gütern ausgerichteten Organisationen geprägt. Im wachsenden Bereich der Dienstleistungen und des Umganges mit anderen Menschen ist ein anderes Sozialverhalten erforderlich.

Traditionelle gesellschaftliche Normen kollidieren mit neuen Erfordernissen. Dies ist eine direkte Folge wirtschaftlichen und damit sozialen Strukturwandels, die verarbeitet werden muß.

Dabei entstehen Konflikte, die nicht von heute auf morgen und nicht mit Erlassen, Verfügungen und Gesetzen bewältigt werden können.

In diesen Entwicklungen liegt die eigentliche Ursache für die Schwierigkeiten, mit denen das politische System und die Parteien - und die SPD aufgrund ihrer Offenheit besonders - nicht erst seit diesem Jahr zu kämpfen haben.

Die erforderliche Integrationsleistung ist durch einen Rückgriff auf alte, sprich preußische Tugenden allein nicht zu bewältigen.

Der Versuch einer Integration durch semantische Überspielungen und die Entfaltung einer neuen Symbolik kann nur zeitweise helfen und auch nur dann, wenn man parlamentarisch in Opposition steht und bereit ist, die Geister, die die Eigendynamik einer solchen Strategie weckt, in Kauf zu nehmen, ohne zu wissen, wie man sie friedlich wieder los wird.

Politik hat solcher Haltung entgegengesetzte Aufgaben: Nämlich die Zusammenhänge aufzuklären und Lernvorgänge zu bewirken, damit die nicht wegretuschierbaren Konflikte in einem möglichst rationalen Verfahren, das heißt in einem Dialog mit einem Höchstmaß an Verständnis und Konsens verarbeitet werden.

Politiker selbst müssen sich danach verhalten: wie Mitlernende und nicht wie Oberlehrer oder das Heil verheißende Mullahs.

(-/27.10.1981/vo-he/oa)

+

+

+



**Realistischer als Norbert Blüm und seine CDA**

Das Dokument der deutschen Bischöfe zu Fragen der Stellung der Frau in Kirche und Gesellschaft zeigt neue Einsichten

Von Dr. Brunhilde Peter MdL

Mitglied des AsF-Bundesvorstandes

Die deutsche Bischofskonferenz hat sich Ende September "zu Fragen der Stellung der Frau in Kirche und Gesellschaft" geäußert. In einem 20-Seiten-Papier macht sie deutlich, daß beide von der Herausforderung und Veränderung der Zeit geprägt werden und darauf antworten müssen. Das betreffe auch die neue Rolle der Frau.

Dabei hat sich Erstaunliches ereignet: Die deutschen katholischen Bischöfe haben ein überraschendes Maß an Verständnis für die Situation der Frauen bezeugt, das konkret und für den Bereich der Gesellschaft fortschrittlich ist und Lösungen aufzuzeigen versucht. Wenn sich die Kirche im Verhältnis zur Arbeiterschaft bis heute schwertut, - diese Aussagen zur Situation der Frau stellen viele Probleme so dar, wie Frauen sie erfahren. Analyse und Lösungsversuche sind weithin denen ähnlich, die die Gewerkschaftsfrauen oder die AsF auf ihren Konferenzen fordern. Man ist versucht zu fragen: Haben wir neue Bischöfe? oder: Welche Frauen haben ihnen hierbei die Feder geführt?

Die erste Vorlage zu einem kirchenamtlichen Dokument über die Stellung der Frau in der Kirche (Januar 79; unveröffentlicht) war allenfalls etwas für Fachleute. Dort waren über 60 Seiten lang biblische Stellen angeführt, Aussagen von Theologen und Äußerungen des kirchlichen Lehramtes gesammelt, die sich im Ergebnis für eine Verstärkung der Rolle der Frau im kirchlichen Dienst aussprachen, ihr das Priesteramt versagten - und die Rolle der Frau in der Gesellschaft ganz ausließen. Aussagen zur gesellschaftlichen Situation mußte man den eher konservativen Berichten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken entnehmen.

Zur Rolle der Frau in der Kirche hat sich im neuen Dokument der Bischofskonferenz inhaltlich nicht allzu viel geändert. Abgeleitet von der allen Menschen gleichen Personenwürde ergeht zwar an die Frauen die Aufforderung, noch mehr Aufgaben im kirchlichen Dienst zu übernehmen, auch die Weihe des Diakonats zu erstreben. Aber es bleibt bei der Absage an die Priesterweihe für Frauen. Katholischen feministischen Theologinnen und anderen kann es da nicht genügen, wenn Johannes Paul I. zitiert wird: "Gott ist unser Vater, mehr noch, er ist uns auch Mutter" - "die Frau ist also auch in ihrem Frau-sein Gottes Abbild". Sie folgern daraus, mit europäischen und amerikanischen Kirchenkommissionen und Bischöfen, den Anspruch auf die Priesterweihe selbst.

Daß dieser Frage insgesamt aber nur zehn Zeilen gewidmet sind, zeigt, daß die Bischöfe mit dem Dokument nicht eine kontroverse Diskussion mit Frauen, sondern das Verständnis der Amtskirche für deren Anliegen signalisieren wollen und angesichts zunehmenden Desinteresses besonders junger Frauen auch müssen. Das wird deutlich in den Augen zum Selbstverständnis der Frauen und der notwendigen Bewußtseinsänderung der Gesellschaft wie in den Passagen zu Familie, Arbeitswelt und Politik.

Zwei Grundaussagen umreißen diese Spannungsfelder:

1. Mann und Frau sind gleich als Person. Jede Form einer Diskriminierung in ihren gesellschaftlichen und kulturellen Grundrechten ist deshalb zu beseitigen.
2. Entwicklungen in Gesellschaft, Staat und Kirche haben Änderungen geschaffen, die berücksichtigt werden müssen.

Da wird das neue Selbstverständnis der Frauen angeführt, das heutige Strukturen und Verhältnisse in Frage stelle. Werte und Tugenden, die als typisch männlich (Aktivität, Sachlichkeit, schöpferische Fähigkeiten, abstraktes Denkvermögen) oder als typisch weiblich (behüten, umsorgen, Einfühlungsvermögen, Gefühlsstärke) gelten, sich aber in Wirklichkeit in der Geschichte erst ausgeprägt haben, würden heute als eingehend und problematisch empfunden. Das erfordere Veränderung des Bewußtseins und des Verhaltens von Männern und Frauen.



"Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland hat aufgrund der gleichen Personenwürde von Mann und Frau den Grundsatz der Gleichberechtigung festgestellt. Dieser Grundsatz garantiert Männern und Frauen das gleiche Recht auf Bildung und Ausbildung, die gleiche Freiheit in ihrer Lebensentscheidung und die gleiche Wahlmöglichkeit für Beruf, Ehe, Wohnort und das religiöse Bekenntnis."

"Männer, aber auch Frauen, müssen dabei Vorrangstellungen und Privilegien aufgeben, neue Verantwortung übernehmen, von manchen Absicherungen ihres Status Abschied nehmen. Das wird kein leichter und bequemer Weg sein. Neue flexiblere Aufgabenteilungen in Familie, Beruf, Gesellschaft und Kirche wollen eingeübt werden".

Grundsätzlich sollen beide gleich bedeutungsvoll an der Gestaltung und Ausprägung von Kirche und Gesellschaft mitwirken.

#### Ehe und Familie

Die mehrseitigen Ausführungen darüber, daß die Verschiedenheiten von Männern und Frauen über jahrhundertalte Einflüsse und über das rein biologische hinaus eine besondere Disposition der Frau zum Muttersein und des Mannes zur übergreifenden Familienverantwortung darstelle, wird Diskussionen wecken. Die Folgerungen dagegen, die die Bischöfe aus der Trennung von Familie und öffentlichem Bereich im Zeitalter der Industriegesellschaft ziehen, können viele Gruppen bejahen:

1. "Frauen, die sich ganz den Familienaufgaben widmen, müssen stärker von der Bestätigung, Anerkennung und tatkräftigen Unterstützung der Ehemänner getragen werden."
2. "In der Gesellschaft muß eine konkrete Aufwertung der Familienaufgaben erfolgen, etwa durch eine eigenständige soziale und wissenschaftliche Sicherung der Familientätigkeit (Rentenreform)." Da ist das Babyjahr eingeschlossen.

Nicht erwähnt das Erziehungsgeld, das das Zentralkomitee im Juli '80 als besonders dringend empfiehlt. Auch kein Wort von der Forderung des Zentralkomitees nach familienpolitischen Maßnahmen vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung und des rapiden Geburtenrückgangs. Der Paragraph 218 ist nur kurz erwähnt. Keine Klage darüber, daß der Mutterschaftsurlaub eine ungerechtfertigte Benachteiligung der Hausfrauen sei (wie ZK. S. 11), sondern das Bedauern darüber, daß Frauen in der Arbeitswelt dadurch Nachteile entstehen.

3. "Frauen sind oft ohne Notwendigkeit auf ihre familiären Aufgaben beschränkt worden." "Nicht jede Frau kann heute und morgen in gleicher Weise auf familiäre Aufgaben festgelegt werden. Frauen und Männer können in vielerlei Aufgaben ihre je eigene Art einbringen. Im Lauf des Lebens werden Frauen a) oft im zeitlichen Nacheinander Erwerbstätigkeit und Familienaufgaben übernehmen; b) ebenso können sie ihre Familienaufgaben verbinden mit Erwerbstätigkeit oder anderen gesellschaftlichen Tätigkeiten, wie etwa ehrenamtlichen Diensten. Aus der Verschiedenheit, die in personaler Gleichheit eingebunden ist, darf keine Zurückweisung ihrer individuellen Fähigkeiten und Begabungen abgeleitet werden. Deshalb müssen alle nicht vorhandenen, sich fälschlich auf die Verschiedenheit stützender Diskriminierungen und Rechtsungleichheiten der Frau in Kirche und Gesellschaft überwunden werden."

Auch hier keine Schelte über eine angeblich eheauflösende Wirkung des neuen Eherechts und keine Klage über "die vielen Mütter, die nicht mehr bereit sind, auf eine Berufstätigkeit zu verzichten, weil sie nicht in wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ehemann geraten wollen" (ZK S.4). So ist auch kein Platz mehr für Norbert Blüm und sein CDA-Papier, das die Zurückweisung nur der Frauen in die Familie vorsah.

4. Also entspricht die partnerschaftliche Form des Zusammenlebens heute dem Bewußtsein der Gleichwertigkeit der Frau mit dem Mann. "Die personale Verwirklichung der Frau kann nicht in der Isolation gelingen. Auch im Berufsleben, in politischer Verantwortung, im gesellschaftlichen Leben überhaupt und nicht zuletzt in der Kirche erwarten und fordern die Frauen aus dem Bewußtsein ihrer gleichwertigen Begabungen und Fähigkeiten partnerschaftliches Verhalten."

Stattdessen besonders positiv ist der intensive Hinweis auf die wachsende Zahl allein-stehender Mütter und Väter und auf die Verpflichtung der Gesellschaft, diese in ihre Gemeinschaften miteinzubeziehen.



5. "Die Offenheit und Interessenvielfalt einer Mutter nutzt letztlich allen Familienmitgliedern."

#### Arbeitswelt

Der schillernde Begriff der Wahlfreiheit spielt im Bischofsdokument keine Rolle, sondern der Eintritt der Frau in Berufs- und Arbeitswelt ist akzeptiert. Auch für Mütter. Jetzt geht es darum, Familienaufgaben mit Berufstätigkeit vereinbar zu machen. Das muß geschehen durch partnerschaftliche Aufteilung der Familien- und Berufsaufgaben zwischen Männern und Frauen.

"Viele Väter haben in ihre eigene Verantwortung für die Familien- und Erziehungsaufgaben erkannt und versuchen, sie mit ihrer Frau zu teilen. Diese Entwicklung muß von der Berufs- und Arbeitswelt unterstützt werden. Männer, die auf ihre Karriere verzichten, um in Partnerschaft mit ihrer Frau die bestmögliche personale Entwicklung aller Familienmitglieder zu ermöglichen, verdienen Anerkennung."

und durch Rücksicht der Arbeitswelt auf Familienbelange.

"In den Strukturen der Berufs- und Arbeitswelt werden die Familienaufgaben des Arbeitnehmers wenig oder gar nicht berücksichtigt. Wo um der Familienaufgaben der Frau willen Zugeständnisse gemacht werden (zum Beispiel Schwangerschaftsurlaub), wirken sie sich oft noch nachteilig für die Frau aus, wenn sie ungern eingestellt oder leichter entlassen wird und seltener in leitende Stellungen aufsteigen kann. Allgemein läßt sich sagen, daß in vielen Bereichen die Berufs- und Arbeitswelt von Männern geprägt ist."

Viele Forderungen an die Arbeitswelt werden im Dokument ganz konkret angesprochen: die Notwendigkeit einer Berufsausbildung für Mädchen, gleicher Zugang zum Beruf für Frauen, gleicher Lohn bei gleichwertiger Arbeit, Aufstiegschancen für Frauen, Fortbildung und Wiedereingliederungsmaßnahmen, Lebensplanung der Männer und Frauen unter Einbeziehung ihrer beider Aufgaben in Familie und Beruf. Leider vermißt man die nach Meinung der Frauen zur Vereinbarkeit von Familien- und Berufsaufgaben unabdingbar notwendige Forderung nach Verkürzung der täglichen Arbeitszeit.

#### Politik

Auch hier beklagen die Bischöfe die aufgrund überholter Leitbilder noch immer bestehende Minderheit der Frauen in politischer Verantwortung. Sie verlangen mehr Chancen zu politischen Ämtern und Aufgaben. Bedeutsam sind die Erwartungen, die den Frauen für die Politik aufgrund ihrer kulturellen Prägung zugeschrieben werden: Vermenschlichung der Welt, Humanisierung des Arbeitslebens, Sicherung des Friedens, Schutz der Schöpfung (Umweltschutz) und gerechte Güterverteilung zwischen reichen und armen Völkern. Zukunftsaufgaben der Politik sind danach ohne Frauen nicht lösbar.

Immer wieder folgt aber auch der Hinweis auf die gemeinsamen Aufgaben, die Männer und Frauen bei diesen Veränderungen haben: "In diesem Zusammenhang muß ein besonderes Problem angesprochen werden. Jede Veränderung im Selbstverständnis der Frauen berührt zugleich das Selbstverständnis der Männer. Es ist ein Irrtum, zu meinen, es ginge nur um die Probleme der Frauen beziehungsweise um ein mehr an Mitverantwortung und Mitwirkung der Frauen. Es geht um die gemeinsame, partnerschaftliche Verantwortung und Mitwirkung der Frauen. Es geht um die gemeinsame, partnerschaftliche Verantwortung und Mitwirkung von Männern und Frauen. Männer dürfen deshalb nicht nur über Fragen, Probleme und Lösungsmöglichkeiten im Hinblick auf die Frauen in Kirche und Gesellschaft nachdenken, sondern müssen zugleich ihre eigene Situation und Problematik erkennen und Lösungsmöglichkeiten entdecken, die ihre eigene personale Verwirklichung in Partnerschaft zur Frau ermöglicht."

Alles in allem ein neuer Ton und neue Inhalte in einem Dokument der Deutschen Bischofskonferenz. Und verständlicher als Norbert Blüm und seine CDA. (-/27.10.1981/hi/ca)



**Beruhigung und Ansporn**

**Bestandsaufnahme der deutsch-amerikanischen Kulturbeziehungen**

Von Norbert Gansel MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses für kulturelle Außenpolitik

Der Unterausschuß des Auswärtigen Ausschusses, der für die kulturelle Außenpolitik zuständig ist, führte am 26. Oktober unter Vorsitz des CSU-Abgeordneten Hans Klein eine ganztägige Expertenanhörung durch. Die Form dieser Veranstaltung unterschied sich wohltuend von den bisweilen im Deutschen Bundestag zu beobachtenden Pflichtübungen bei der Anhörung von Verbänden. Das Ergebnis war deshalb ungewöhnlich aufschlußreich und interessant.

Die öffentliche Anhörung zu den deutsch-amerikanischen Kulturbeziehungen diente der Bestandsaufnahme der Austauschprogramme der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten Staaten von Amerika und der beiderseitigen Medienaktivitäten sowie der Darstellung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten. Ein aktueller Anlaß lag nicht vor - weder im negativen noch im positiven Sinn. Nur ein ganz beträchtlicher Nachholbedarf und die von uns in den letzten Wochen immer wieder zum Ausdruck gebrachte Hoffnung, daß die Qualität der freundschaftlichen und partnerschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern unbeschadet berechtigter und wegen vieler Informationsdefizite unberechtigter Kritiken fortbesteht.

Der von unseren innenpolitischen Widersachern jetzt fast täglich benutzte Vorwurf der "Gefährdung der Partnerschaft" zwischen uns und den Amerikanern kam in der Anhörung gar nicht erst auf. Ganz im Gegenteil! Die vom Unterausschuß geladenen Sachverständigen, die durch die Bank einer simplifizierenden Trennung von Kultur und Politik fernstanden, kritisierten zwar die beide Seiten durchgängige, für das grundsätzliche Verhältnis gefährliche Oberflächlichkeit im Urteil des jeweils anderen über seinen Partner.

Das Ergebnis der Anhörung ist Beruhigung und Ansporn zugleich. Es war beruhigend, weil alle Experten die deutsch-amerikanischen Beziehungen als "in Ordnung" bezeichneten. Probleme wurden allenfalls in der Darstellung sowohl der Bundesrepublik als der USA in den Medien des anderen Landes gesehen.

Als Ansporn muß vor allem die Entwicklung der deutsch-amerikanischen Austauschprogramme gewertet werden. Fast 20.000 Schüler, Studenten, Wissenschaftler und Nachwuchskräfte aus Politik und Wirtschaft haben sich 1980 an den Programmen beteiligt. Das ist eine gute gesellschaftliche Basis auch für die politischen Beziehungen zwischen beiden Staaten.

Im Anhörungsverfahren wurden allerdings zahlreiche Schwierigkeiten bei der Information, Vorbereitung, Auswahl, Durchführung, Finanzierung und Nachbetreuung im Zusammenhang mit den verschiedenen Austauschprogrammen privater und öffentlicher Stellen deutlich. Eine bessere Koordinierung und Begleitung der Programme und eine öffentliche Aufwertung erscheint notwendig. Der Vorschlag der SPD, bei Wahrung



privater Initiativen für die Vielfalt der Programme ein organisatorisches Dach als deutsch-amerikanisches Jugendprogramm zu bilden, stieß allerdings bei den deutschen Experten auf Skepsis. In Anbetracht der Betonung privater Organisationsformen durch die derzeitige US-Administration sei die Bereitschaft der amerikanischen Seite an einem deutsch-amerikanischen Jugendwerk gering einzuschätzen.

Als Ansporn muß auch betrachtet werden, daß alle Experten auf die große Wertschätzung hinwiesen, die der "neue deutsche Film", insbesondere in der amerikanischen Jugend, erreicht hat. Aber auch die Nachfrage nach anderen deutschen Spielfilmen und Filmdokumentationen über die Bundesrepublik ist in den USA groß. Der Unterausschuß wird sich deshalb damit zu beschäftigen haben, inwieweit man durch eine Verstärkung oder Umschichtung von Personal und Sachmitteln in der auswärtigen Kulturarbeit der erfreulichen amerikanischen Nachfrage gerecht werden kann. Zur Förderung auch der kommerziellen Chancen des "neuen deutschen Films" sollte die Einrichtung eines "Schaufensters des deutschen Films" in New York geprüft werden. Die Marktchancen deutscher Fernsehproduktionen scheinen vor allem wegen abweichender amerikanischer Geschmacksmuster, aber auch wegen komplizierter und teurer Urheberrechte gering zu sein. Der Unterausschuß wird sich bemühen müssen, auch dafür Lösungen zu finden. Das ist wahrscheinlich effektiver und billiger als die Anmietung von Sendezeiten bei Kabelstationen oder im Sattelitenfernsehen, wie es zur Zeit von der Deutschen Welle erwogen wird.

Das Anhörverfahren war ein erster Einstieg in den breiten Fächer deutsch-amerikanischer Kulturbeziehungen. Die Sozialdemokraten halten es für sinnvoll, daß sich der Unterausschuß diesem Thema weiter schwerpunktmäßig widmet. Gerade die auswärtige Kulturpolitik ist wegen ihres gesellschaftlichen Freiraums und Wirkungsfeldes hervorragend dazu geeignet, auch bei politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen verbündeten Staaten das Fundament freundschaftlicher und partnerschaftlicher Beziehungen zu pflegen und weiterzuentwickeln.

(-/27.10.1981/ks/hgs)

+ + +



**Die Grenzen zwischen Regierung und Opposition nicht verwischen**

Von Herbert Wehner MdB

Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

In der Auseinandersetzung um den Haushalt 1982 arbeitet die Opposition mit einer Reihe bössartiger Verfälschungen und Verdrehungen, die mit den tatsächlichen Gegebenheiten und der Wahrheit nicht mehr viel zu tun haben. Dies gilt ganz besonders für die von der Union verbreitete Version angeblicher Äußerungen von Bundeskanzler Helmut Schmidt über die Rolle der Opposition. Um den Sinnverdrehungen der Union ein Ende zu bereiten, seien hier die - im übrigen für jeden nachprüfbaren - tatsächlichen Vorgänge in Erinnerung gebracht.

Die sozial-liberale Koalition hat am 5. Oktober 1980 einen klaren Wählerauftrag erhalten, der ihr die Regierungsverantwortung und der CDU/CSU ebenso eindeutig die Rolle der Opposition im Bundestag zugewiesen hat. Niemand kann uns deshalb davon abhalten, von unserer Mehrheit im Bundestag entsprechend den parlamentarischen Gepflogenheiten Gebrauch zu machen, und wir lassen uns diese Mehrheit auch nicht von der Opposition abschwatzen. Die wiederholten Behauptungen der CDU/CSU, der Bundeskanzler habe keine Mehrheit mehr hinter sich, haben sich bei jeder Abstimmung als Geschwätz und frommes Wunschenken der Opposition entpuppt. Es sei hier nur an die letzte große Abstimmung im Bundestag am 9. Oktober 1981 über die "Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung und Gewährleistung der Meinungsfreiheit" erinnert. Jedermann kann im Plenarprotokoll 9/57 auf Seite 3344/3345 nachlesen, wie diese Abstimmung ausgefallen ist, und sich ein Bild darüber machen, wo die Mehrheiten und Minderheiten im Bundestag liegen:

Von 489 abgegebenen Stimmen haben für den Koalitionsantrag mit Ja gestimmt: 270 Abgeordnete der SPD und FDP, mit Nein haben gestimmt: 217 Abgeordnete der CDU/CSU, zwei Abgeordnete der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, nämlich die Abgeordneten Hansen und Coppik, haben sich der Stimme enthalten.

Das Abstimmungsergebnis ist ein eindrucksvoller Beleg dafür, daß wir nicht auf Stimmen der CDU/CSU angewiesen sind, um im Bundestag zu klaren Mehrheitsbeschlüssen zu kommen. Dies und nichts anderes hatte Bundeskanzler Helmut Schmidt bereits in seiner vielzitierten und inzwischen fast bis zur Unkenntlichkeit verfälschten Rede am 3. Juni vor dem Bundestag ausgesagt. Wer nicht Sinnverdrehungen, sondern der Wahrheit die Ehre zu geben bereit ist, der möge im Plenarprotokoll 9/41 auf Seite 2275 nachlesen, in welchem Zusammenhang der Bundeskanzler davon gesprochen hat, daß er die Opposition nicht brauche. Er hat damals während der zweiten Beratung des Bundeshaushalts 1981 wörtlich gesagt: "Wir wären in einer miserablen Situation, wenn wir Euch brauchten, um aus einer Patsche herauszukommen. Um Gottes willen! Es ist schon wahr, daß ich nicht in eine Situation möchte, in der man Ihre Stimmen für eine Mehrheit braucht. In eine solche Situation werde ich auch nicht kommen."

Und er hat hinzugefügt: "Sie haben eine Bundestagswahl nicht gewonnen, Sie haben in der Bundestagswahl vielmehr Stimmen und Mandate verloren. Wegen nicht zu leugnender Schwierigkeiten in der Koalition, insbesondere der SPD, hoffen Sie jetzt, auf kaltem Wege an die Regierung zu kommen, und Sie möchten diese Hoffnung nicht dadurch zerstören, daß Sie dem Publikum vorher sagen, was Sie dann täten, wenn Sie in die Regierung kämen... Die Opposition hat die Pflicht, der öffentlichen Meinung und den Wählerinnen und Wählern vorzustellen, was sie anders machen würde."



Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion stellt sich hinter die Ausführungen von Bundeskanzler Helmut Schmidt und wird auch künftig dafür Sorge tragen, daß der Bundeskanzler bei Abstimmungen im Bundestag nicht die Stimmen der Opposition brauchen wird. Sie teilt zudem die Kritik des Bundeskanzlers an der Opposition, daß es diese bisher verabsäumt hat, in der Haushaltsdiskussion klare Positionen zu beziehen, um einer breiten Öffentlichkeit die Gelegenheit zu geben, sich ein Urteil über die von der Opposition angestrebte Politik zu bilden.

Davon unberührt - und dies ist weder von Bundeskanzler Helmut Schmidt, noch von irgendjemand anderem in der sozial-liberalen Koalition jemals angezweifelt worden - bleiben die Kompetenzen des Bundesrates, dem durch unsere Verfassung "bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes" (Artikel 50 GG) weitreichende Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt worden sind. Dies gilt auch für zahlreiche, den Bundeshaushalt begleitende Gesetze, die der Zustimmung der Ländervertretung bedürfen, um Gesetzeskraft zu erlangen.

Im Bundesrat verfügen die unionsregierten Länder über die Mehrheit. Regierung und sozial-liberale Koalition haben dieser Realität Rechnung zu tragen. Aus Achtung vor den föderalistischen Grundprinzipien unserer Verfassung, unter Respektierung der im Bundesrat vorherrschenden Mehrheitsverhältnisse und in dem Bemühen, aus gesamtstaatlicher Verantwortung den Bundeshaushalt 1982 ordnungsgemäß und in einem zeitlich vertretbaren Rahmen zu verabschieden, hat Bundeskanzler Helmut Schmidt Gespräche angeboten, um mit den Ministerpräsidenten der unionsregierten Länder in strittigen Haushaltsfragen zu für beide Seiten tragbaren Kompromissen zu kommen. Auf die Kompetenzen des Bundesrats abzielend, hat der Bundeskanzler in einem Gespräch erklärt: "Wir bedürfen für den Haushalt 1982 und auch für andere Wirtschaftsgesetze beinahe einer All-Parteien-Regierung."

Aus der Gesprächsbereitschaft des Bundeskanzlers einen Bittgang oder das Anstreben einer de facto All-Parteien-Koalition oder Großen Koalition ableiten zu wollen, ist abwegig. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird auch in Zukunft ihren Beitrag dazu leisten, daß im Parlament die Grenzen zwischen Regierung und Opposition nicht verwischt werden.

Die Ausführungen des Bundeskanzlers sind vielmehr eine Mahnung an die Verantwortlichen im Bundesrat, den ihnen von der Verfassung zugewiesenen Aufgaben im Interesse des Ganzen gerecht zu werden und sich nicht den ihnen gemäß ihrer Mehrheit auferlegten Verpflichtungen zu entziehen. Die Union steht - ob sie es nun will oder nicht - im Bundesrat in der Pflicht.

Sie sollte sich dabei nicht zu falschen Vorstellungen verleiten lassen, sondern die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes im Auge behalten, das unmißverständlich festgestellt hat, daß der Bundesrat keine mit dem Bundestag gleichberechtigte echte zweite Kammer des Parlamentes ist und somit weder die Bundestagsmehrheit ignorieren noch die Bundesregierung ersetzen oder ausmanövrieren kann.

Und ein letztes Wort zur Haltung der CDU/CSU: Die Union hat sich - streng nach dem Sonthofener Rezept - monatelang überhaupt nicht um die Beschäftigungspolitik, um die Haushaltskonsolidierung und um die Konjunkturbelebung gekümmert. Die Öffentlichkeit hat lediglich Anklagen und Vorwürfe gehört, als ob jammern, klagen und in-die-Ecke-stellen irgendjemandem nützen würde.  
(-/27.10.1981/ks/hgs)

+ + +

